

# Wald darf nicht gefällt werden



Die Bürgerinitiative Lautstark wendet sich gegen die Rodung von 67 ha Wald im Bereich zwischen der Opel AG und dem Einsiedlerhof zur Schaffung eines neuen Industriegebietes.

Grundsätzlich begrüßt unsere Bürgerinitiative die Ansiedlung neuer Unternehmen; gerade in einem relativ strukturschwachen Gebiet wie Kaiserslautern muss der Schaffung neuer Arbeitsplätze höchste Priorität eingeräumt werden.

Trotz dieses Umstandes müssen von Seiten Lautstarks Bedenken angebracht werden.

Nach Meinung der BI wurde die Standortproblematik nicht ausreichend evaluiert. Das in Frage stehende Gebiet stellt den letzten verbleibenden Grüngürtel zwischen der Airbase Ramstein und der Stadt Kaiserslautern dar. Sollten die Rodungsarbeiten wie geplant durchgeführt werden, ist mit einer Verschärfung der Situation hinsichtlich Schadstoffbelastung und Bodenlärm für die Anwohner von Kaiserslautern zu rechnen.

Auch dürfte es aus Sicherheitsgründen kaum sinnvoll sein, ein neues Industriegebiet unmittelbar unter der Instrumentenanfluglinie auszuweisen.

Der Wunsch nach Schaffung eines weiteren Industriegebietes ist auch im Hinblick auf den Umstand zu hinterfragen, dass zurzeit noch andere Areale wie das Industriegebiet Nord zur Verfügung stehen. Auch dort liegen viele Grundstücke brach. Der Einwand, dass viele dieser Grundstücke Erweiterungsflächen sind und in der Hand von Betrieben liegen, muss gründlich geprüft werden. Schließlich handelt es sich bei dem jetzt in Frage kommenden Gelände selbst um eine Erweiterungsfläche der Opel AG, die bislang nicht benötigt wurde. Eine ähnliche Situation könnte auch bezüglich einiger Betriebe im Industriegebiet Nord bestehen.

Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass der Bauausschuss ohne nähere Prüfung der Verhältnisse grünes Licht für die Ausweisung des Industriegebietes Vogelweh gegeben hat. Insbesondere sollte im Hinblick auf den massiven Eingriff in Natur und Landschaft zuvor eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Dies erscheint umso notwendiger, nachdem in der Vergangenheit für den Ausbau des Militärflughafens Ramstein eine solche nicht erfolgt ist. Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund eines Höhenberechnungsfehlers (der vertikale Sicherheitsabstand zum Wald war zu gering dimensioniert) mehr Wald (38 ha) im Bereich des Militärflughafens gerodet werden musste, als ursprünglich im Rahmen der luftrechtlichen Genehmigung vom 11.06.2003 vorgesehen war. Die Aufforstungsarbeiten gehen nur schlecht voran, mit einem neuen nennenswerten Waldbestand ist erst in 20 Jahren zu rechnen.

Lautstark appelliert daher an die Verantwortlichen, Ihre Entscheidung nochmals zu überdenken und diese an den Interessen der Bürger und des Umweltschutzes zu orientieren